



Niederschrift
zur Sitzung des
Gemeinderates
öffentlich

Sitzung am:	Donnerstag, 21. Oktober 2021
Sitzungsbeginn öffentlicher Teil:	19:30 Uhr
Sitzungsbeginn nicht öffentlicher Teil:	19:00 Uhr
Sitzungsende:	21:40 Uhr
Ort:	Saal der Jakobstalhalle

Anwesend:

Stimmberechtigt: 1. Bürgermeister
Herpich, Thomas
Stimmberechtigt: 2. Bürgermeisterin und
Mitglied des Gemeinderates
Ruf, Karoline
Stimmberechtigt: 3. Bürgermeister und
Mitglied des Gemeinderates
Endres, Bernd
Stimmberechtigt: Mitglied des
Gemeinderates
Beck, Josef
Bell, Bernhard
Gläßel, Marita B.
Günther, Sven
Hofmann, Reinhold
Mödl, Maximilian
Schmitt, Tatjana
Dr. Sonnek, Georg
Stoll, Marcus
Schriftführerin
Thoma, Heike
Bauamtsleiter
Häusner, Thomas

Abwesend:

Stimmberechtigt:
Mitglied des
Gemeinderates
Elbert, Andreas

Lang, Johannes

Seefried, Holger

Entschuldigt	fehlend	-
entschuldigt		
Entschuldigt	fehlend	-
entschuldigt		
Entschuldigt	fehlend	-
entschuldigt		

Tagesordnung zur Sitzung

Öffentlich:

07	Bürgerfragestunde
07 A	Rattenbekämpfung
07 B	Unzulässig parkender Schwerlastverkehr auf Gehwegen und privaten Grundstücken
08	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Beschlussfähigkeit, Einverständnis mit der Tagesordnung
09	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 05.10.2021 (öffentlicher Teil)
10	Wasserleitungsbau Westheimer Straße und Bachstraße; Auftragsvergabe
11	Neuerlass der Hundesteuersatzung
12	Ferienbetreuung 2022
13	Sondergebiet für Photovoltaikanlagen auf den Grundstücken Fl.Nr. 5518 und 5522, Gemarkung Theilheim
14	Übernahme der Bewässerungskosten für das Sportgelände in 2020
15	Widmung von Trauorten in der Gemeinde Theilheim
16	Einführung einer Kommunalen Verkehrsüberwachung für den ruhenden und den fließenden Verkehr / Abschluss einer befristeten Zweckvereinbarung mit der Gemeinde Gerbrunn
17	Bekanntmachung von Beschlüssen aus der Sitzung vom 14.09.2021, für die die Nichtöffentlichkeit weggefallen ist
18	Bekanntgaben des Ersten Bürgermeisters
18 A	Umzugstermin ins Neue Rathaus
18 B	Schlussabrechnung Radweg
18 C	Teststellung einer mobilen Luftfilteranlage
19	Fragen aus dem Gemeinderat
19 A	Mähen der Grünflächen zwischen Staatsstraße 2272 und dem Radweg
19 B	Vereinsförderung
19 C	Ruhebank Ecke Kilian-Wallrapp-Straße / Dümpfelstraße
19 D	Licht am Sportlereingang Jakobstalhalle
19 E	Mitteilungsblatt: Geänderte Erscheinungsweise
19 F	Großer Seniorennachmittag der Gemeinde

.....

Öffentliche Sitzung

TOP 07 Bürgerfragestunde

Sachvortrag:

Erster Bürgermeister Herpich begrüßt die Zuhörer*innen.

Er weist auf die derzeit gültige Bayerische Infektionsschutzmaßnahmenverordnung hin, nach der die Sitzungen des Gemeinderats unter Einhaltung der geltenden Hygienevorschriften und Abstandsregelungen stattfinden dürfen. Er bittet die Anwesenden beim Betreten, Verlassen und Bewegen innerhalb des Gebäudes eine Schutzmaske (medizinische Maske, KN95 oder FFP2-Maske) zu tragen. Am Sitzplatz kann die Maske abgenommen werden.

In der vorgezogenen Bürgerfragestunde, die gemäß Satzung höchstens 30 Minuten dauern darf, haben die Bürger*innen die Gelegenheit Fragen zu stellen. Diese sollen nach Möglichkeit in der Sitzung beantwortet werden.

Kann eine Frage nicht direkt beantwortet werden, soll die Antwort innerhalb von drei Wochen schriftlich erfolgen.

Die Fragen werden in die Niederschrift der Sitzung aufgenommen.

TOP 07 A Rattenbekämpfung

Sachvortrag:

Erster Bürgermeister Herpich gibt auf Anfrage eines Bürgers bekannt, dass die Durchführung einer Rattenbekämpfungsmaßnahme beauftragt wurde; diese findet in der nächsten Kalenderwoche statt.

TOP 07 B Unzulässig parkender Schwerlastverkehr auf Gehwegen und privaten Grundstücken

Sachvortrag:

Ein Bürger begrüßt das temporär erlassene Halteverbot im Bereich der Randersackerer Straße (Abzweig Franz-Leopold-Schecher-Straße).

Erster Bürgermeister Herpich erläutert, dass auf Gehwegen grundsätzlich nicht geparkt werden darf.

Ziel der Gemeinde sei es, den Schwerlastverkehr, der durch Theilheim fließt, zu reduzieren. Allerdings ist die Gemeinde nicht Baulastträgerin der Staatsstraße bzw. der Kreisstraße.

TOP 08	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Beschlussfähigkeit, Einverständnis mit der Tagesordnung
---------------	---

Sachvortrag:

Erster Bürgermeister Herpich stellt fest:

- Die Einladung ist ordnungsgemäß und fristgerecht ergangen.
- Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Er fragt ob es **Einwände oder Ergänzungen zur Tagesordnung** gibt.

Ist dies nicht der Fall, stellt er das Einverständnis mit der Tagesordnung fest.

Beschluss:

Einwendungen gegen die Tagesordnung (öffentlicher Teil) werden nicht erhoben; mit der Tagesordnung besteht Einverständnis.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	12
Nein-Stimmen:	0
Persönlich beteiligt:	0
Anwesende Mitglieder:	12

TOP 09	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 05.10.2021 (öffentlicher Teil)
---------------	--

Sachvortrag:

Die Niederschrift der nichtöffentlichen Sitzung erhält der Gemeinderat regelmäßig als Anlage zum TOP „Genehmigung der Niederschrift“.

Für die Niederschrift der öffentlichen Sitzung ist dies nicht erforderlich, da diese direkt dem Ratsinformationssystem zu entnehmen ist.

Beschluss:

Die Niederschrift vom 05.10.2021 (öff. Teil) wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	12
Nein-Stimmen:	0
Persönlich beteiligt:	0
Anwesende Mitglieder:	12

TOP 10 Wasserleitungsbau Westheimer Straße und Bachstraße; Auftragsvergabe

Beschluss:

Die Gemeinde Theilheim vergibt nach Durchführung einer beschränkten Ausschreibung gemäß Vergabevorschlag des Büros Horn Ingenieure GmbH & Co. KG vom 14.10.2021 den Gesamtauftrag für die Tiefbauarbeiten „Wasserleitungsbau Westheimer Straße und Bachstraße“ an den wirtschaftlichsten Bieter - das ist die Firmengruppe Göbel GmbH, Würzburg, - mit einer Auftragssumme von 165.139,26 € brutto.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	12
Nein-Stimmen:	0
Persönlich beteiligt:	0
Anwesende Mitglieder:	12

TOP 11 Neuerlass der Hundesteuersatzung

Sachvortrag:
1.

Das Bayerische Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration hat mit Bekanntmachung vom 28.07.2021 eine neue Mustersatzung für die Hundesteuersatzung veröffentlicht. Aus Gründen der Rechtssicherheit wird empfohlen, die Mustersatzung zu übernehmen.

Die Bestimmungen der Mustersatzung sowie die Hinweise zu einzelnen Bestimmungen sind grundlegend überarbeitet worden (Die nachfolgenden Informationen zu den einzelnen Fortschreibungen wurden auszugsweise dem Aufsatz entnommen: Die neue Mustersatzung für die Erhebung einer Hundesteuer von XXXXXXXXXX, Regierungsdirektorin, Bayerisches Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration, München):

„Zu § 2 der Mustersatzung

§ 2 der Mustersatzung, der Steuerbefreiungstatbestände enthält, ist neu gegliedert und ergänzt worden. ... Da gerade die Frage, ob die Haltung von Hunden allein zu Erwerbszwecken steuerfrei ist oder nicht, immer wieder zu Rechtsstreitigkeiten und Unsicherheiten geführt hat, enthält die Mustersatzung nun einen entsprechenden deklaratorischen (klarstellenden) Befreiungstatbestand.

Zu § 4 der Mustersatzung

§ 4 der Mustersatzung enthält Billigkeitsregelungen für Fallgestaltungen, in denen die Haltung eines Hundes zwar nicht während des gesamten Kalenderjahres im Gebiet der die Hundesteuer erhebenden Gemeinde erfolgte, die Hundesteuer als Jahresaufwandssteuer aber grundsätzlich in voller Höhe anfallen würde.

Die bisherigen Bestimmungen wurden nun präziser gefasst und dahingehend ergänzt, wie im Falle von sogenannten Kampfhunden zu verfahren ist.

Zu § 6 der Mustersatzung

Regelungsinhalt des § 6 der Mustersatzung waren und sind Steuerermäßigungstatbestände. Jedoch wurde die bisherige Regelung dahingehend abgeändert, dass nun nur noch eine Steuerermäßigung für Einöden, aber nicht mehr für Weiler vorgeschlagen wird (...).

Der Begriff des Weilers hat in der Praxis immer wieder zu Abgrenzungsschwierigkeiten geführt. Letztlich erfasst der Begriff »Weiler« auch größere Ortsteile mit dichter Besiedlung, bei denen das auf »Einöden« zutreffende besondere Schutzbedürfnis der Menschen nicht in gleicher Weise besteht.

Weiterhin regeln § 6 Abs. 1 Satz 2 und Satz 3 der neuen Mustersatzung die Vorgehensweise für den Fall, dass mehrere Hunde des Steuerpflichtigen einen Steuerermäßigungstatbestand erfüllen würden bzw. dass für einen Hund beide Steuerermäßigungstatbestände ... vorliegen würden.

Neu Eingang in die Mustersatzung hat ein Steuerermäßigungstatbestand für Hunde gefunden, die ein Halter von einem aus einem nach den Vorschriften der Abgabenordnung als steuerbegünstigt anerkannten und mit öffentlichen Mitteln geförderten inländischen Tierheim oder Tierasyl in seinen Haushalt aufgenommen hat (§ 6 Abs. 2 der Mustersatzung).

Anmerkung: Eine Wahlmöglichkeit zur Festlegung dieser Steuerermäßigung für Hunde aus inländischen Tierheimen / Tierasylen oder für Tierheime / Tierasyle mit Sitz im Gemeindegebiet geht ins Leere.

Zu § 7 der Mustersatzung

§ 7 der bisherigen Mustersatzung enthielt eine Steuerermäßigung für das Halten von Hunden zu Zuchtzwecken. Diese Regelung ist nun ersatzlos entfallen. ...

Zu § 8 der Mustersatzung

§ 8 der Mustersatzung bestimmt wie § 9 der bisherigen Mustersatzung den Zeitpunkt des Entstehens der Steuerpflicht. Die im Rahmen der Überarbeitung präzisierten Formulierungen sind zu begrüßen.

Zu § 9 der Mustersatzung

Die Vorgänger-Mustersatzung enthielt keine Bestimmung, aufgrund derer gem. Art. 12 KAG für die Hundesteuer als Abgabe, die für bestimmte Zeitabschnitte (hier das Kalenderjahr) erhoben wird, ein vereinfachtes Erhebungsverfahren angewandt hätte werden können.

Zu § 10 der Mustersatzung

In § 10 der neuen Mustersatzung sind nun sowohl Anzeigepflichten, die im Vergleich zur Vorgängerregelung genauer gefasst sind, als auch Pflichten im Zusammenhang mit dem Tragen einer Hundesteuermarke verankert.“

Hinweis:

Soweit die Mustersatzung Alternativen enthält, werden diese durch die Beschlussempfehlung aufgearbeitet.

2.

Die Gemeinde Theilheim hatte letztmals zum 01.01.2017 die Satzung für die Erhebung der Hundesteuer neu erlassen; in diesem Rahmen wurden die Hundesteuersätze wie folgt erhöht:

Hundesteuersatzung 2006	Hundesteuersatzung 2017
Steuersatz: 25 €	Steuersatz: 35 €
	Steuersatz Kampfhund: 500 €

Hundesteuersätze in anderen Gemeinde (Stand: 17.05.2021):

Markt Randersacker

Steuersatz: 50 €

Steuersatz Kampfhund: 400 €

Gemeinde Rottendorf

Steuersatz 1. Hund: 15,50 €

Steuersatz 2. und jeder weitere Hund: 26 €

Steuersatz 1. Kampfhund: 307 €

Steuersatz jeder weitere Kampfhund: 512 €

Gemeinde Gerbrunn

Steuersatz: 35 €

Steuersatz Kampfhund: 500 €

Gemeinde Albertshofen

Steuersatz 1. Hund: 20 €

Steuersatz 2. Hund: 40 €

Steuersatz jeder weitere Hund: 60 €

Gemeinde Mainstockheim

Steuersatz 1. Hund: 25 €

Steuersatz 2. Hund: 50 €

Steuersatz jeder weitere Hund: 50 €

Steuersatz Kampfhund: 300 €

Stadt Eibelstadt

Steuersatz 60 €

Steuersatz Kampfhund: 300 €

Markt Frickenhausen

Steuersatz 60 €

Steuersatz Kampfhund: 300 €

Markt Sommerhausen

Steuersatz 60 €

Steuersatz Kampfhund: 300 €

Markt Winterhausen

Steuersatz 1. Hund: 50 €

Steuersatz 2. Hund: 100 €

Steuersatz jeder weitere Hund: 150 €

Steuersatz Kampfhund: 250 €

Diskussionsverlauf:

- Die Aufwendungen der Gemeinde für Hundekotstationen, Beschaffung von Hundekotbeuteln und für die Leistungen des Bauhofes werden durch das Hundesteueraufkommen nicht gedeckt; die genauen Beträge wurden jedoch nicht ermittelt.
- Erster Bürgermeister Herpich sieht eine Staffelung der Hundesteuer als ordnungspolitisches Instrument: Gerade in der jüngsten Vergangenheit habe es mehrere Beißvorfälle gegeben, die sicherheitsrechtlich im Rathaus zu bewältigen sind. Darin liegt auch die Begründung für die Festsetzung einer deutlich höheren Steuer für das Halten eines Kampfhundes.

- Frau Thoma erläutert auf Anfrage, dass Halter für sog. Kategorie-2-Hunde den Nachweis durch ein Negativzeugnis führen können, dass ihr Hund kein Kampfhund ist: In diesem Fall wird dann der reguläre Steuersatz festgesetzt.
- Der Zeitpunkt der Behandlung des TOPs wird kritisiert.

Beschluss:

Beschluss 1:

über den Antrag zur Geschäftsordnung:

Der Tagesordnungspunkt wird vertagt.

Aufgrund des Abstimmungsergebnisses ist der Antrag abgelehnt.

Beschluss 2:

~~Zu § 5 Absatz 1 Satz 1:~~

~~Die Gemeinde setzt die Hundesteuer ab 01.01.2022 in folgender Höhe fest:~~

~~Die Steuer beträgt~~

~~für jeden Hund 50 Euro,~~

~~für jeden Kampfhund 500 Euro.~~

Das Protokoll wurde mit Beschluss des Gemeinderates vom 16.11.2021 wie folgt korrigiert:

Zu § 5 Absatz 1 Satz 1:

Die Gemeinde setzt die Hundesteuer ab 01.01.2022 in folgender Höhe fest:

Die Steuer beträgt

für jeden Hund 40 Euro,

für jeden Kampfhund 500 Euro.

Beschluss 3:

Die Gemeinde beschließt die Satzung für die Erhebung der Hundesteuer

(Hundesteuersatzung – HStS); der Text der Satzung liegt diesem Beschluss an und ist dessen wesentlicher Bestandteil.

Die Satzung tritt zum 01.01.2022 in Kraft.

Abstimmungsergebnis:

Beschluss 1:

Ja-Stimmen:	2
Nein-Stimmen:	10
Persönlich beteiligt:	0
Anwesende Mitglieder:	12

Aufgrund des Abstimmungsergebnisses ist der Antrag abgelehnt.

Beschluss 2:

Ja-Stimmen:	10
Nein-Stimmen:	2
Persönlich beteiligt:	0
Anwesende Mitglieder:	12

Beschluss 3:

Ja-Stimmen:	12
Nein-Stimmen:	0
Persönlich beteiligt:	0
Anwesende Mitglieder:	12

TOP 12 Ferienbetreuung 2022**Sachvortrag:**

Zur besseren Planung der Ferienbetreuung für das Schuljahr 2021/2022 bittet die AWO Unterfranken, die die Betreuung der Schüler in den letzten Jahren in der Jakobstalhalle durchgeführt hat, jetzt schon um eine zeitnahe Rückmeldung. Je früher die Eltern Bescheid wissen, desto früher können auch diese Ihre Ferienplanungen anpassen. Das Gleiche gilt für den Hort, der sich bei seinen Schließzeiten an dem etwaigen Ferienprogramm ausrichten würde.

Die AWO hat bereits ein neues Angebot unterbreitet (s. Anlage) und weist darauf hin, dass durch die Erhöhung des Mindestlohnes in diesem Jahr und die Erhöhung, die im nächsten Jahr folgen wird, die Personalkosten angepasst werden mussten. Ebenfalls sind die Kosten für das warme Essen gestiegen. Es wurden zudem ein paar Veränderungen an den Stufen der Anmeldezahlen vorgenommen, die sich positiv auswirken sollten.

Die Kosten in 2021, für die zwei Wochen in den Sommerferien betrugen 5.820,- €. Betreuung in der ersten Woche 23/4 Kinder, in der zweiten Woche 8/4 Kinder. Die Kosten errechnen sich 160,- € abzgl. 40,- € Eigenanteil für das erste Kind und 25,- € Eigenanteil für das zweite Kind. Das dritte Kind einer Familie wurde bisher kostenfrei betreut. Die Höhe der Elternbeteiligung wird von der Gemeinde festgelegt.

Die Kosten für den gleichen Zeitraum in den Sommerferien 2022, würden sich nun bei gleicher Teilnehmerzahl und unveränderter Höhe der Eigenbeteiligung auf 5.505,- € belaufen.

Eine Ferienbetreuung in den Pfingstferien 2020 und 2021 fand pandemiebedingt nicht statt. Eine Betreuung in den Pfingstferien 2019 fand nicht statt. Die Kosten in 2018 betrugen 1.670,- € (11/2 Kinder).

Die Kosten für den gleichen Zeitraum in den Pfingstferien 2022 würde sich nun bei gleicher Teilnehmerzahl und unveränderter Höhe der Eigenbeteiligung auf 1.954,- € belaufen.

Bei dem Betreuungsprogramm in den Ferien durch die Gemeinde oder beauftragte, externe Dienstleister, handelt es sich um eine freiwillige Leistung der Gemeinde.

Das Bayerische Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz (BayKiBiG) sieht reguläre Schließzeiten von bis zu 30 Tagen im Jahr vor (Art. 21, Abs. 4, Satz 3).

Diskussionsverlauf:

Die AWO hat die Preise neu kalkuliert: Bei gleichen Teilnehmerzahlen und bei gleichem Verhältnis „Erst- und Zweitkinder“ sind die Kosten günstiger.

Aus dem Gremium heraus wird vorgeschlagen, die Elternbeiträge moderat zu erhöhen, dabei jedoch die bestehende Staffelung (nach Anzahl der Kinder aus einer Familie) beizubehalten. Sofern der Gemeinde zu wenig Anmeldungen vorliegen, wird eine Ferienbetreuung nicht durchgeführt.

Beschluss 1:

Die Arbeiterwohlfahrt (AWO) Bezirksverband Unterfranken wird mit der Ferienbetreuung in der ersten Woche der **Pfingstferien 2022** (13. bis 17. Juni) beauftragt.

Entsprechende Mittel i.H.v. voraussichtlich 1.954,-€ sind in den Haushalt 2022 einzustellen. (A.EP4.4600.6360).

Beschluss 2:

Die Arbeiterwohlfahrt (AWO) Bezirksverband Unterfranken wird mit der Ferienbetreuung in den ersten beiden Wochen der Sommerferien 2022 (01.08 bis 05.08 und 08.08 bis 12.08) beauftragt.

Entsprechende Mittel i.H.v. voraussichtlich 5.505,- sind in den Haushalt 2022 einzustellen. (A.EP4.4600.6360).

Beschluss 3:

Der Eigenanteil (Elternbeitrag) wird wie folgt festgelegt:

50,- € für das erste Kind,

25,- € für das zweite Kind.

Jedes weitere in Theilheim gemeldete Kind einer Familie ist von der Zuzahlung befreit.

Abstimmungsergebnis:

Beschluss 1:

Ja-Stimmen:	12
Nein-Stimmen:	0
Persönlich beteiligt:	0
Anwesende Mitglieder:	12

Beschluss 2:

Ja-Stimmen:	12
Nein-Stimmen:	0
Persönlich beteiligt:	0
Anwesende Mitglieder:	12

Beschluss 3:

Ja-Stimmen:	12
Nein-Stimmen:	0
Persönlich beteiligt:	0
Anwesende Mitglieder:	12

TOP 13	Sondergebiet für Photovoltaikanlagen auf den Grundstücken Fl.Nr. 5518 und 5522, Gemarkung Theilheim
---------------	---

Sachvortrag:

Die Fa. Suntec aus Gaukönigshofen hat die Absicht, auf den Grundstücken Fl.Nr. 5522 und 5518 der Gemarkung Theilheim eine Freiflächen-Photovoltaikanlage zu errichten. Der Gemeinderat hat dazu in seiner Sitzung am 08.09.2020 folgende Beschlüsse gefasst:

a) Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt die 6. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Theilheim in der Weise, dass die Grundstücke Fl.Nr. 5522 und 5518, Gemarkung Theilheim, als Sonderfläche für Photovoltaik ausgewiesen werden. Der Übersichtslageplan M 1 : 100, der den Umgriff zeigt, ist Bestandteil dieses Beschlusses. Die Änderung erfolgt im herkömmlichen Verfahren nach dem BauGB. Die Gemeinde stellt der Fa. Suntec aus Wolkshausen als Vorhabenträger den Abschluss eines Städtebaulichen Vertrags in Aussicht. Abstimmungsergebnis: 12 : 0.

b) Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt das Aufstellen eines Bebauungsplanes „Photovoltaikanlage „Lange Weide / Landstein“ im herkömmlichen Verfahren nach dem BauGB für die Grundstücke Fl.Nr. 5522 und 5518, Gemarkung Theilheim. Ein städtebaulicher Vertragsentwurf ist durch die Kanzlei Ulbrich & Kollegen zu erarbeiten, wobei die Punkte schlüssiges Entsorgungskonzept und Bürgerbeteiligungsmodell sowie Umweltverträglichkeit zu berücksichtigen sind. Die Kosten dafür trägt die Fa. Suntec als Vorhabenträger. Eine entsprechende Kostenübernahmeerklärung liegt vor. Abstimmungsergebnis: 12 : 0

Das Ingenieurbüro IVS aus Kronach hat dazu nun Entwürfe zur Einleitung des Bauleitverfahrens nach § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 des Baugesetzbuches (BauGB) ausgearbeitet. Diese wurden den Gemeinderatsmitgliedern zugeleitet. Neu ist, dass nun nicht nur Module aufgestellt, sondern auch Batteriespeicher errichtet werden sollen. Dazu und zu dem Vorhaben insgesamt werden Informationen benötigt, bevor die Gemeinde weitere Entscheidungen trifft.

Beschluss:

Die Fa. Suntec aus Gaukönigshofen wird zu einer Sitzung des Gemeinderates eingeladen, um die aktuelle Planung vom 14.09.2021 zu erläutern und Fragen dazu zu beantworten.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	12
Nein-Stimmen:	0
Persönlich beteiligt:	0
Anwesende Mitglieder:	12

TOP 14 Übernahme der Bewässerungskosten für das Sportgelände in 2020
Sachvortrag:

Bei der überörtlichen Prüfung der Jahresrechnungen 2010 bis 2013 der Gemeinde Theilheim wurde die Übernahme der Wasserkosten durch die Gemeinde Theilheim für die Bewässerung des Sportgeländes angemerkt. So wurde zwar eine Umbuchung über den gemeindlichen Haushalt vorgenommen, allerdings kein Beschluss zur Übernahme dieser Kosten durch die Gemeinde gefasst, nachdem das Sportgelände an den Sportverein 1949 e.V. (SV Theilheim) verpachtet ist.

Für das Sportgelände, ergibt sich im Jahr 2020 ein Wasserverbrauch von 1.222 m³. Bei einem Verkaufspreis von 2,20 €/m³ errechnet sich einschließlich der Mehrwertsteuer von 7 % ein Gesamtbetrag in Höhe von 2.849,07 €. (Vorjahr: 725 m³ → 1.733,40 €).

Zur Information wurde der Abrechnungsbescheid für 2020 für das Objekt Sportgelände der Beschlussempfehlung beigelegt.

Der Wasserverbrauch betrifft jeweils zur Hälfte die Jugendfußball- und die Tennisabteilung.

Ab dem Jahr 2020 wird die Niederschlagswassergebühr berechnet. Bei einer gebührenpflichtigen Fläche von 3.824 m² ergibt sich eine Jahresgebühr von 1.606,08 €. Die Gebühren für das Niederschlagswasser betreffen überwiegend den Bereich der Tennisanlagen.

Die Gesamtkosten für die Wasser- und Niederschlagswassergebühren betragen 4.455,15 €.

Diskussionsverlauf:

- Das Grundstück ist tatsächlich an die Wasserversorgung bzw. Entwässerungseinrichtung angeschlossen.
- Der Vorschlag, künftig Niederschlagswasser versickern zu lassen, ist mit erheblichen Kosten verbunden; zum Zeitpunkt der Erschließung des Grundstückes entsprach diese dem damaligen Stand der Technik. Für die Tennisplätze ist eine Versickerung nicht möglich.
- Auf Art. 57 der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern (GO) wird hingewiesen: Im eigenen Wirkungskreis sollen die Gemeinden im Rahmen ihrer Leistungsfähigkeit die öffentlichen Einrichtungen für den Breitensport schaffen und erhalten.

- Das gilt auch für die Tennisflächen: Die Abteilung leiste eine gute Jugendarbeit; ca. 10 % der Bevölkerung Theilheims ist Mitglied in der Tennisabteilung des SV Theilheim.

Beschluss:

Die Gemeinde Theilheim übernimmt die Kosten für die Niederschlagswassergebühr und das Bewässern des Sportgeländes durch den SV Theilheim für das Jahr 2020 in Höhe von brutto 4.455,15 €.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	11
Nein-Stimmen:	1
Persönlich beteiligt:	0
Anwesende Mitglieder:	12

TOP 15 Widmung von Trauorten in der Gemeinde Theilheim

Sachvortrag:

Aktuell fragen Brautpaare Hochzeitstermine für 2022 an; dabei steht auch im Fokus von deren Überlegungen, wo denn geheiratet werden kann.

Bislang ist als einziger Trauraum in Theilheim der Sitzungssaal im Rathaus gewidmet.

Die Eheschließung soll in einer der Bedeutung der Ehe entsprechenden würdigen Form, die dem Standesbeamten eine ordnungsgemäße Vornahme seiner Amtshandlung ermöglicht, vorgenommen werden (§ 14 Abs. 2 Personenstandsgesetz – PstG-).

„Die vom Gesetzgeber vorgesehene würdige Form, in der die Eheschließung stattfinden soll, wird in erster Linie durch entsprechende Räumlichkeiten gewährleistet. Die nach Landesrecht für das Personenstandsrecht zuständigen Behörden sind im Rahmen ihrer Organisationshoheit verpflichtet, die Diensträume des Standesamts zu bestimmen und auch festzulegen, in welchen Räumen Eheschließungen stattfinden sollen.“ (Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Personenstandsgesetz (PstG-VwV mit Erläuterungen, Stand Mai 2014, ergänzende Erläuterung zu § 14).

Die Gemeinde Theilheim hat mit Wirkung vom 01.01.2018 die Aufgaben ihres Standesamts auf die Stadt Würzburg übertragen (Große Übertragung): Die Stadt Würzburg erfüllt seitdem die Aufgaben des Standesamts der Gemeinde Theilheim.

Die Widmung weiterer Trauräume im Gemeindebereich erfolgt in Abstimmung mit dem Standesamt Würzburg (Vereinbarung zwischen der Stadt Würzburg und der Gemeinde Theilheim zur Übertragung der Aufgaben des Standesamts gemäß Art. 2 des Gesetzes zur Ausführung des Personenstandsgesetzes (AGPStG).

Mit Mail vom 14.10.2021 hat das Standesamt Würzburg mitgeteilt, dass mit der Widmung des Saales im Obergeschoss des neuen Rathauses sowie der Widmung des Bürgerparkes Theilheim als Trauort von Seiten des Standesamtes Würzburg in Absprache mit dem Fachbereich Recht, Versicherungen, Haftpflicht als untere Standesamtsaufsicht Einverständnis besteht.

Beschluss:

Die Gemeinde Theilheim widmet folgende weitere zusätzliche Trauräume:

- Saal im Obergeschoß des Neuen Rathauses, Kilian-Wallrapp-Str. 1 (ab 01.05.2022)
- Bürgerpark Theilheim, Kilian-Wallrapp-Straße: Die Trauungen im Freien finden ausschließlich bei gutem Wetter statt und werden bei schlechtem Wetter in ein Trauzimmer nach Wahl des Brautpaares verlegt.

Der Vollständigkeit halber beschließt die Gemeinde, dass der Sitzungssaal im „historischen“ Rathaus, Bachstraße 13, unverändert als Trausaal gewidmet bleibt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	12
Nein-Stimmen:	0
Persönlich beteiligt:	0
Anwesende Mitglieder:	12

TOP 16 Einführung einer Kommunalen Verkehrsüberwachung für den ruhenden und den fließenden Verkehr / Abschluss einer befristeten Zweckvereinbarung mit der Gemeinde Gerbrunn

Sachvortrag:

Nach Rücksprache mit Erstem Bürgermeister Wolfshörndl, Gemeinde Gerbrunn, besteht von seiten der Gemeinde Gerbrunn die Bereitschaft, die Gemeinden Sommerhausen, Winterhausen und Theilheim in die Kommunale Verkehrsüberwachung (KVÜ) Gerbrunn aufzunehmen; dies würde den Außendienst und den Innendienst (Verfolgung der Ordnungswidrigkeiten) beinhalten.

Diese Zusage steht unter dem Vorbehalt

- a. der entsprechenden Beschlussfassung im Gemeinderat Gerbrunn (voraussichtlich in der Sitzung am 08.11.2021) und
- b. der Kapazitäten der Dienstleister, derer sich die Gemeinde Gerbrunn bedient:
Diese Kapazitäten werden aktuell abgeklärt.
Die Gemeinde Theilheim wurde daher gebeten, vorab den Stundenbedarf an der Überwachung des ruhenden und des fließenden Verkehrs mitzuteilen.
Im Rahmen einer Umfrage des Landratsamtes Würzburg hatte die Gemeinde Theilheim vorab einen voraussichtlichen, monatlichen Bedarf von
 - 4 Stunden Überwachung des fließenden Verkehrs und
 - 10 Stunden Überwachung des ruhenden Verkehrs
 gemeldet. Das sind nur Schätzungen, da bisher keinerlei Erfahrungen mit der Verkehrsüberwachung vorliegen.

Zum Vergleich: In Gerbrunn erfolgen aktuell monatlich

- 10 Stunden Überwachung des fließenden Verkehrs und
- 15 Stunden Überwachung des ruhenden Verkehrs

Das Landratsamt Würzburg hat die Zustimmung zu einer befristeten Aufnahme von Sommerhausen, Winterhausen und Theilheim in die Kommunale Verkehrsüberwachung (KVÜ) Gerbrunn in Aussicht gestellt.

Zum Hintergrund der Befristung:

Zielsetzung des Landkreises Würzburg und der Gemeinden im Landkreis ist die Gründung eines Zweckverbandes zur Verkehrsüberwachung des ruhenden und des fließenden Verkehrs.

Die Befristung soll daher zunächst für den Zeitraum von einem Jahr festgelegt werden.

Notwendige Verfahrensschritte zur Einführung einer Kommunalen Verkehrsüberwachung (grobes Raster):

- Festlegung des Bedarfs der Gemeinde Theilheim
- Abschluss einer Zweckvereinbarung mit der Gemeinde Gerbrunn (Beschlussfassung in der November-Sitzung)
- Genehmigung der Zweckvereinbarung durch das Landratsamt Würzburg
- Schriftliche Vereinbarung zur räumlichen und zeitlichen Abgrenzung der Tätigkeiten der Gemeinde und der Polizei
- Meldung der Aufnahme der Verkehrsüberwachung an die Regierung von Unterfranken
- Amtliche Bekanntmachung der Einführung der Verkehrsüberwachung für den ruhenden und den fließenden Verkehr
- Festlegung der Messstellen für den fließenden Verkehr, auch in Zusammenarbeit mit der Polizei

Über die Einnahmen und Ausgaben zur Einführung der Kommunalen Verkehrsüberwachung liegen aktuell noch keine belastbaren Zahlen vor.

Eine Abrechnung würde grundsätzlich quartalsweise erfolgen:

Einnahmen	Ausgaben
Die Einnahmen aus der Verkehrsüberwachung werden auf eine eigene Buchungsstelle gebucht.	<ul style="list-style-type: none"> - Fixkostensatz (aufgegliedert nach anteiligen Fallzahlen der Kommunalen Verkehrsüberwachung gesamt - Individuell der Gemeinde zurechenbare Kosten (z. B. Außendienstkosten)
➔ ergibt eine Gutschrift oder eine Nachzahlung zu Gunsten / zu Lasten der Gemeinde Theilheim	

Nach grober Einschätzung könnte die Kommunale Verkehrsüberwachung zum 01.01.2022 begründet werden.

Notwendigkeit der Einführung der Kommunalen Verkehrsüberwachung:

Es besteht eine hohe Durchgangsverkehrsbelastung:

Tagtäglich verstoßen zahlreiche Verkehrsteilnehmer in Theilheim gegen die Straßenverkehrsordnung im fließenden Verkehr.

Auch unzählige Parkverstöße werden häufig der Gemeindeverwaltung benannt.

Damit liegen vielfache Gefährdungen vor:

Sicherheitsaspekte begründen die Notwendigkeit der Einführung der Kommunalen Verkehrsüberwachung, deren Einführung im übrigen auch von vielen Bürger*innen insbesondere zum Schutz von Kindern (z. B. Kinder auf dem Schulweg), aber auch von Senioren gefordert wird.

Beschluss:

Die Gemeinde Theilheim fasst folgenden Grundsatzbeschluss:

Die Kommunale Verkehrsüberwachung für den ruhenden und für den fließenden Verkehr ist zum nächstmöglichen Zeitpunkt, möglichst zum 01.01.2022, einzuführen. Dazu tritt die Gemeinde Theilheim an die Gemeinde Gerbrunn heran und bittet um Abschluss einer entsprechenden Zweckvereinbarung.

Als Kontingent wird folgender voraussichtlicher monatlicher Bedarf von

- **4 Stunden Überwachung des fließenden Verkehrs und**
 - **10 Stunden Überwachung des ruhenden Verkehrs**
- gemeldet.**

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	12
Nein-Stimmen:	0
Persönlich beteiligt:	0
Anwesende Mitglieder:	12

TOP 17 Bekanntmachung von Beschlüssen aus der Sitzung vom 14.09.2021, für die die Nichtöffentlichkeit weggefallen ist

Sachvortrag:

Gemäß Art. 52 Abs. 3 GO sind die in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse der Öffentlichkeit bekannt zu geben, sobald die Gründe für die Geheimhaltung weggefallen sind.

Bei den folgenden, in nichtöffentlichen Sitzungen behandelten Beschlüssen, ist die Geheimhaltung entfallen:

Datum	Gremium	Nr.	Tagesordnungspunkt
14.09.2021	Gemeinderat	TOP 03	Entlastungskanal Reissgarten; Nachtrag Nr. 4 - Zulage schwer lösbarer Boden im Kanalgraben Der Nachtrag Nr. 4 zum Bau des Entlastungskanals Reissgarten mit der Zulage schwer lösbarer Boden der Klassen 6 und 7 des Unternehmens Otto Heil aus Eltingshausen vom 22.06.2021, geprüft vom Ingenieurbüro Horn aus Eibelstadt und festgestellt mit brutto 45.517,50 €, wird anerkannt.

TOP 18 Bekanntgaben des Ersten Bürgermeisters**TOP 18 A** Umzugstermin ins Neue Rathaus**Sachvortrag:**

Eine Genehmigung des Landratsamtes Würzburg zur Nutzungsänderung liegt seit 19.10.2021 vor; aufgrund der Situation im Bausektor (Materialbeschaffung) gehen die Arbeiten eher schleppend voran.

Der Umzugstermin wurde daher auf die bayerischen Osterferien (KW 15/16 2022) verschoben. Ein etwaiger früherer Umzug in den „Faschingsferien“ würde mit dem für diesen Zeitraum geplanten Umzug der Kindertagesstätte kollidieren.

TOP 18 B Schlussabrechnung Radweg**Sachvortrag:**

-	Reine Baukosten laut Kostenberechnung Büro Horn	572.320,60 €
-	Reine Baukosten laut Ausschreibung	494.852,88 €
-	Reine Baukosten laut Schlussrechnung	482.089,80 €
-	Gesamtkosten für Planung und Bau ohne Grunderwerbskosten (siehe Aufstellung)	601.847,32 €
-	Kostenübernahme durch das Staatliche Bauamt Würzburg	
	1. Zuschussrate vom 17.12.2019	300.000,00 €
	2. Zuschussrate vom 29.04.2020	57.000,00 €
	3. Zuschussrate vom 26.08.2020	73.000,00 €
	4. Zuschussrate vom 23.11.2020	67.000,00 €
	5. Zuschussrate vom 17.09.2021	36.683,95 €
	6. Zuschussrate vom 20.09.2021	<u>68.163,37 €</u>
		601.847,32 €

Informell:

-	Mehrkosten einschließlich Planung für den Bau einer breiteren Zufahrt zum Grundstück Fl.Nr. 3535/14 Diese Kosten wurden vom Staatlichen Bauamt Würzburg nicht übernommen. Diese sind deshalb von der Gemeinde Theilheim zu tragen.	10.604,43 €
---	---	-------------

TOP 18 C Teststellung einer mobilen Luftfilteranlage

Sachvortrag:

In der Gemeinderatssitzung vom 05.10.2021 teilte Erster Bürgermeister Herpich mit, dass man „nach langer Suche wurde eine mobile, dem HEPA14-Standard entsprechende, Luftfilteranlage gefunden <habe>, die gemäß der Produktbeschreibung die notwendigen Schallimmissionsgrenzen bei Vollastbetrieb (1.440m³/h) einhalten soll. Um dies im Praxisbetrieb überprüfen zu können, erhält die Grundschule voraussichtlich in der KW41 eine zweitägige Teststellung einer solchen Anlage.“

Diese Teststellung hat mittlerweile stattgefunden. Die Lehrkräfte waren von dem probeweise zur Verfügung gestellten Luftreiniger nicht überzeugt. So sei eine Filterleistung von 25 % das Maximale, was tolerierbar sei. Man bewege sich akustisch hier bereits im Grenzbereich. Im Hinblick auf zwei Inklusionskinder, die gegen Geräusche oft empfindlicher reagieren als die übrigen Kinder, seien wohl auch 25 % noch zu laut.

Man müsse sich auch vor Augen halten, dass solche Luftreiniger im Fall einer Corona-Erkrankung nicht höher bewertet würden, als das Öffnen der Fenster mit der Folge, dass die Kinder doch in Quarantäne müssten.

TOP 19 Fragen aus dem Gemeinderat

TOP 19 A Mähen der Grünflächen zwischen Staatsstraße 2272 und dem Radweg

Sachvortrag:

Der Grünstreifen sollte durch die Gemeinde gemäht werden (-> Wildwechsel wird zu spät von den Verkehrsteilnehmern bemerkt; an die Proberbäume kommt man nicht hin).

Erster Bürgermeister Herpich teilt hierzu mit, dass die St 2272 so beschildert ist, dass auf einen Wildwechsel hingewiesen wird. Das Mähkonzept Floßwiese ist mit der Unteren Naturschutzbehörde abgestimmt.

Eine Erweiterung der Mähflächen ist im Hinblick auf die Besetzung des Bauhofes gemeindeseits nicht leistbar.

TOP 19 B Vereinsförderung

Sachvortrag:

Es wird nachgefragt, weshalb für die Grundförderung eine Antragsstellung erforderlich ist: In den Vorjahren sei dies nicht gefordert worden.

Das Erfordernis einer Antragsstellung ergebe sich auch nicht aus den Förderrichtlinien.

Eine Information der Vereine zur Notwendigkeit eines Antrags sei nicht erfolgt; der Hinweis im Mitteilungsblatt wird als nicht ausreichend erachtet.

Der TOP wird in der nächsten Gemeinderatssitzung behandelt werden.

TOP 19 C Ruhebank Ecke Kilian-Wallrapp-Straße / Dümpfelstraße

Sachvortrag:

Erster Bürgermeister Herpich teilt auf Nachfrage mit, dass die Bank bei einem Verkehrsunfall zerstört worden sei. Eine Ersatzbank wird im nächsten Frühjahr aufgestellt.

TOP 19 D Licht am Sportlereingang Jakobstalhalle

Sachvortrag:

Es wird kritisiert, dass der Bereich zu wenig ausgeleuchtet ist.

TOP 19 E Mitteilungsblatt: Geänderte Erscheinungsweise

Sachvortrag:

Erster Bürgermeister Herpich wird nochmals über die geänderte Erscheinungsweise zum Monatsende im Mitteilungsblatt informieren.

TOP 19 F Großer Seniorennachmittag der Gemeinde

Sachvortrag:

Erster Bürgermeister Herpich wird Kontakt mit XXXXXXXXX, der Leiterin des Seniorenteams, aufnehmen und den möglichen Ablauf klären.
Vorab ist zu prüfen, ob die Veranstaltung pandemiebedingt durchgeführt werden kann.

Ende der öffentlichen Sitzung: 20:42 Uhr

Für die Richtigkeit:

Thomas Herpich
1. Bürgermeister

Heike Thoma
Schriftführer/in